

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrter Herr Dr. Schulze, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Am 3. Oktober, d.h. in wenigen Tagen wird es in unserem Staatstheater einen kleinen Festakt zum Tag der deutschen Einheit geben. Dieses Ereignis gibt Anlass zum Nachdenken. Vor 30 Jahren begann der größte Umbruch/Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft nach dem Ende des 2. Weltkriegs. Die Wunden sind bis heute noch nicht vollständig geheilt.

Fast auf den Tag genau vor 2 Jahren in der Stadtverordnetenversammlung vom 26.9.2018 sprach der Vorstandsvorsitzende der LEAG, Herr Dr. Rendez, zum Thema „Strukturentwicklung in der Lausitz und zur Bedeutung und zum Beitrag der LEAG zu Beschäftigung und Wertschöpfung“. Er äußerte damals die Bitte, sich 3 Zahlen zu merken:

1. 8.000
2. 1,4 Milliarden
3. 10

8.000 Arbeitsplätze in Tagebauen, Kraftwerken und Tochterunternehmen (sozialversicherungspflichtig), davon ca. 4.000 in Cottbus und Spree-Neiße.

1,4 Milliarden Euro pro Jahr an Löhnen und Gehältern sowie als Aufträge für zumeist regionale Firmen, betroffen mehr als 380 Unternehmen in Cottbus und Spree-Neiße.

Bleibt noch die Zahl 10

Jede 10. kw/Stunde, die in Deutschland verbraucht wird, kommt aus den Kraftwerken der LEAG.

So der Vorstandsvorsitzende Dr. Rendez am 26.09.2018.

Die Entscheidungen sind gefallen und in Gesetze gegossen.

- Kohleausstiegsgesetz
- Strukturstärkungsgesetz

Daraus folgt:

- 2028 Kraftwerk Jänschwalde vollständig vom Netz
- 2038 Ende der Kohleverstromung in Deutschland

Was erwarten wir und was müssen wir selber tun?

Ich erspare es mir auf die einzelnen, in den gesetzlichen Regelungen festgeschriebenen Projekte einzugehen. Die Auflistungen sind klar und größtenteils eindeutig und unmissverständlich formuliert.

Ein erstes gutes Signal für unsere Stadt und die Region war der Auftakt zum Ausbau des Fahrzeuginstandhaltungswerkes der DBAG in diesem Monat in Cottbus.

Neben diversen wichtigen Verkehrsinfrastrukturprojekten, wie die Bahnverbindung Cottbus-Berlin, zwischen Cottbus und Lübbenau komplett zweigleisig und diverse Ortsumgehungen sowie Projekten rund um die BTU, Institute und Forschungseinrichtungen gilt unser besonderes Augenmerk dem „Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus (IUC)“ einschließlich der universitären Mediziner Ausbildung hier vor Ort in Cottbus.

Im Strukturstärkungsgesetz § 17 Nr. 28 heißt es: Ein Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus soll als Kern der Modellregion Gesundheit Lausitz aufgebaut werden. Forschung, Lehre und Versorgung sollen in neuartiger Weise unter der Nutzung der Digitalisierung verknüpft und in einem „Reallabor“ für digitale Gesundheitsversorgung umgesetzt werden. Zugleich sollen die Mediziner Ausbildung neustrukturiert und die Gesundheitsversorgung „aus einem Guss“ neu gedacht werden.

Dieser Gesetzestext lässt einen sehr großen Interpretationsspielraum zu und sichert aus unserer Sicht nicht, die im politischen/gesellschaftlichen Raum diskutierte und zugesagte universitäre Mediziner Ausbildung in Cottbus. Darüber hinaus verweise ich hierbei ausdrücklich auf den gemeinsamen Antrag der Regierungsfractionen des Landtages (Drucksache 7/1821) vom 18.08.2020. Auch hier ist eine Verbindlichkeit noch nicht abschließend gegeben.

Zum Schluss die Forderung an uns die kommunale Ebene: In einer zentralen Koordinationsstelle für Strukturentwicklung mit kompetenten Ansprechpartnern sollen kommunale und politische Entscheidungsprozesse zügig abgewickelt und im Rahmen der Stadtentwicklung tragfähige digitale Infrastrukturen bereitgestellt werden.

Cottbus muss sich als ressourcenintelligente und digitale Stadt der Zukunft für nachhaltiges integriertes Wirtschaften positionieren. Dabei müssen wir die vorhandenen Kompetenzen nutzen und die raumspezifischen Potenziale und die regionalen Besonderheiten für neue Themen und Geschäftsfelder erweitern.

Für die Schaffung von Anreizsystemen für ansiedlungsinteressierte Unternehmen und investitionswillige Kapitalgeber benötigen wir einen zentralen Ansprechpartner. Deshalb ist die Einrichtung eines Dezernats „Wirtschaft, Digitalisierung und Strukturwandel“ dringend geboten.